

**Ausschuß für Schule und Weiterbildung**

**Protokoll**

49. Sitzung (nicht öffentlich)

25. Februar 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.45 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Frey (SPD)

Stenographin: Schröder-Djug

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes, des Schulpflichtgesetzes und des Ersatzschulfinanzgesetzes (Ergänzungsschulgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5311

Vorlage 11/2765

Information 11/587

1

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 11/5311 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

**2 Strukturwandel und Qualifikationssystem - Standortsicherung durch Offensive in der Schulpolitik**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/5225

2

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung lehnt den Antrag Drucksache 11/5225 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion der CDU ab.

**3 Ganztagschulen verbessern und ausbauen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/1999  
Vorlagen 11/828, 11/1338 und 11/2770

in Verbindung damit:

**Mehr Ganztagsbetreuung für Kinder zeitgemäß finanzieren**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/4724  
Vorlagen 11/2114, 11/2664, 11/2770 und 11/2791

4

- Diskussion.

Der Antrag Drucksache 11/1999 wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4724 wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

#### **4 Sofortige Konsequenzen im Fall Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksachen 11/5513 und 11/5621  
Vorlagen 11/2084, 11/2085 und 11/2395  
Tischvorlage KM vom 27.04.1993

19

An einen Bericht von Staatssekretär Dr. Besch (Kultusministerium) schließt sich eine kontroverse Aussprache an.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/5513 wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und CDU abgelehnt.

-----



**Aus der Diskussion****1 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes, des Schulpflichtgesetzes und des Ersatzschulfinanzgesetzes (Ergänzungsschulgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/5311  
Vorlage 11/2765

Information 11/587

Die CDU-Fraktion signalisiere Zustimmung, gibt **Abgeordnete Woldering (CDU)** bekannt. Sie bedauere es aber, daß die Privatschulen nicht von dem Gesetz umfaßt würden.

Der Kultusminister habe in einer der letzten Sitzungen zugesagt, die steuerliche Seite anzusprechen. Sie frage, ob dies mittlerweile geschehen sei.

Dies sei bereits geschehen, stellt **Staatssekretär Dr. Besch (Kultusministerium)** fest. In der KMK am vorhergehenden Tage habe Minister Schwier dieses Anliegen vorgetragen. Die Länder hätten sich darauf verständigt, den Bundesfinanzminister zu bitten, daß in den Ländern, in denen es keine anerkannten Ergänzungsschulen gebe, die steuerliche Gleichstellung für solche allgemeinbildenden Ergänzungsschulen ermöglicht werde, an denen durch Entscheidung der Schulaufsicht die Vollzeitschulpflicht erfüllt werden könne. Hierzu bedürfe es nur der Änderung von Auslegungsrichtlinien des Bundesfinanzministers.

**Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmt dem Gesetzentwurf Drucksache 11/5311 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.**

Nach kurzer Diskussion werden sich die Fraktionen einig, daß für die dritte Lesung dieses Gesetzentwurfes im Plenum eine Redezeit von drei Minuten ausreichen werde. Dieser Vorschlag soll dem Ältestenrat übermittelt werden.

## **2 Strukturwandel und Qualifikationssystem - Standortsicherung durch Offensive in der Schulpolitik**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/5225

**Abgeordneter Reichel (F.D.P.)** bezeichnet den Antrag als einen der vielen fruchtlosen Versuche der F.D.P.-Fraktion, eine größere Priorität für die Bereiche Schule und Hochschule in der Vorbereitung von Haushaltssitzungen durchzusetzen.

Der Antrag stamme vom 15.03.1993, als die Debatten überwiegend von der Feststellung geprägt gewesen seien, daß der Standort Deutschland zu teuer sei: Lohnkosten, Lohnnebenkosten, Umwelt- und Sozialstandards trügen dazu bei.

Heute liege der Akzent woanders: Der Standort Deutschland sei nicht innovativ genug und nutze sein Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungswesen nicht so, wie es sein sollte. In diesen Bereichen müsse eine größere Priorität in den Haushalten gesetzt werden. Insofern stelle der Antrag heute eigentlich Allgemeingut dar, und alle Fraktionen müßten ihm zustimmen können. Die Umsetzung im Haushalt werde leider nicht vollzogen.

Im Text des Antrages finde sich auch ein Hinweis auf eine Schulstrukturfrage. Im vorletzten Absatz heiße es "... muß hier eine breitangelegte Praxis-Schule treten."

Um breitere Zustimmung zu dem Antrag erzielen zu können, rege er an, den Begriff "Praxis-Schule" durch die Formulierung "ein breitangelegtes Schulangebot, das praxisorientiert ist" zu ersetzen.

**Abgeordneter Degen (SPD)** erklärt, angesichts zahlreicher Formulierungen in dem Antrag werde die SPD-Fraktion ihm nicht zustimmen. Da gehe es einmal um den Begriff "Grundsanierung", unter dem Kienbaum die Bedarfsermittlung und Umset-